



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Landwirtschaft und Getreidehandel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

über eine gesetzlich bestimmte Leistung hinaus zu arbeiten hat. \*) Durch die Arbeiterschutzesgesetzgebung und die Gewerbegeetze ist ja auch eigentlich das theoretische Staatsbürgerrecht zum zweitenmal durchbrochen und mit einer Klassengesetzgebung der Anfang gemacht worden; der erste Durchbruch bestand darin, daß man die preußische Gemeindeordnung bestehen ließ. Noch wirksamer ist der Schutz der niedern Klassen durch ein besonderes Recht, wenn sie ihre eigne Gerichtsbarkeit haben, wie sie jetzt nur noch die höchste Klasse, die der Offiziere hat. Im vorigen Jahrhundert hat Justus Möser die Wiederanerkenntnis des altgermanischen Grundsatzes gefordert, daß jeder nur von seinesgleichen gültig gerichtet werden könne; die Weisheit der Klage, meint er, könne niemals einen gültigen Spruch wider die Mäuse fällen; die Mäuse müßten von Mäusen, die Klagen von Klagen abgeurteilt werden.

Daß die Angehörigen der herrschenden Klassen den Widerspruch nicht merken und daher auch an die Notwendigkeit einer Änderung bis jetzt noch gar nicht gedacht haben, ist sehr natürlich; aber die untern Klassen empfinden beides und werden nicht aufhören zu klagen, bis auch die Staatslenker gezwungen sind, ihren Klagen Gehör zu schenken.

(Fortsetzung folgt)



## Landwirtschaft und Getreidehandel



m nachfolgenden geben wir heute den zweiten der uns zugegangnen drei Aufsätze, wiederum von kritischen Gegenbemerkungen eines unserer ständigen Mitarbeiter begleitet.

### 2. Die Verstaatlichung des Getreidehandels

Die Reichsregierung und der Reichstag befinden sich gegenwärtig in einer eigentümlichen Lage: die Militärvorlage, die dem Reich eine Mehrausgabe

\*) Sogar manche Sozialdemokraten erkennen das an. So z. B. wird in der Neuen Zeit Nr. 27, S. 11, sehr hübsch gesagt: „Wir sind geneigt, auf jeden Fall anzunehmen, daß der heutige Landbewohner doch viel freier sein muß [müsse!] als der alte Leibeigne. Aber der Unterschied ist, daß damals jeder Stand seine eigne Ehre hatte, und daß diese nach oben wie nach unten fest gesichert war. Heute sind wir alle gleichberechtigte Staatsbürger, und theoretisch herrscht völlige Gleichheit. Das hätte der Bauer des vorigen Jahrhunderts überhaupt nicht verstanden. Er wußte, daß er etwas schlechteres war als der Junker, aber ebenso gut wußte er auch, daß er etwas besseres war als der unangesehene Mann. Aber heute kann ein Geschäftsmann, der eine Verkäuferin annimmt, auf den Gedanken kommen, sie sich nackt vor ihm ausziehen zu lassen; und das hätte der Bauer des vorigen Jahrhunderts auch nicht verstanden, das hätte selbst der »Unehrliche,« der Schäfer, nicht verstanden.“

von etwa fünfundsechzig Millionen ausbürdet, ist bewilligt, die Steuern aber, die die Regierung zur Deckung vorgeschlagen hat, sind alle bis auf die Verdoppelung der Börsensteuer abgelehnt worden. Im Reichstage weht ein scharfer Wind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern, unsre Reichsboten wissen sehr gut, daß sie die Masse ihrer Wähler gegen sich aufbringen würden, wenn sie einer Erhöhung der Tabak-, Branntwein-, Bier- und Weinststeuer ihre Zustimmung gäben. Diese ablehnende Haltung hat die Regierung arg verschmupft, sie weiß sich nicht mehr zu helfen, und die offiziellen Blätter drohen mit der Erhöhung der Matrikularbeiträge. Im Reichstage haben sich zwar verschiedene Stimmen für die Einführung einer Reichserbschafts- und einer Reichseinkommensteuer erhoben, die Regierung hat aber eine ganze Reihe von Gründen gegen eine Steuer, die die reichen Leute, zu denen die Spitzen unsrer Bürokratie verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen haben, allein bezahlen müssen. Wälzt man dagegen die Aufbringung der fehlenden Gelder durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge auf die Schultern der Einzelstaaten, so kann die Reichsregierung ihre Hände in Unschuld waschen und zusehen, wie sich die Minister der Bundesstaaten mit den vermehrten Ausgaben abfinden werden.

Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung mit ihrer sogenannten Finanzreform nach der alten Schablone fortwurfelt, und daß Herr Miquel bis jetzt keinen einzigen schöpferischen Gedanken gehabt hat. Eine wirkliche Reform würde eine Steuer sein, die nicht nur viele Millionen einbringt, sondern zu gleicher Zeit die nationale Produktion befruchtet und das Nationaleinkommen erhöht. In dem Mißverhältnis zwischen Steuern und Nationaleinkommen liegt der Grund zur Unzufriedenheit mit unserm Steuersystem. Wäre unser Nationaleinkommen doppelt so groß als gegenwärtig, so würde niemand über die drückende Steuerlast klagen. Unsrer Steuerkünstler haben es jetzt glücklich so weit gebracht, daß die Summe aller Staats- und Gemeindesteuern im deutschen Reiche etwa ein Drittel des siebzehn Milliarden betragenden Nationaleinkommens ausmacht. Die Klagen über großen Steuerdruck sind also wohlberechtigt. Die indirekten Steuern, die das Reich zur Deckung seiner Ausgaben aufbringen muß, schädigen außerdem alle die Industrien, von deren Produkten sie erhoben werden.

Bisher haben wir uns damit begnügt, jedem Steuerpflichtigen einen Teil seines Einkommens abzunehmen und zur Bestreitung der Staatsausgaben zu verwenden. Dadurch werden alle getroffen, und zwar, wenn das Verhältnis zwischen Steuern und Einkommen ungünstig ist, sehr hart getroffen. Eine Steuer, die nur das Einkommen einzelner trifft, wird deshalb von der großen Masse stets vorgezogen. Von einer Einkommensteuer auf die höchsten Einkommen bis zum Monopol, das das Einkommen einer Anzahl von reichen Leuten im Staatsinteresse konfisziert, ist nur noch ein Schritt, gegen den sich

zwar die Reichsregierung und die Parteien mit Ausnahme der konservativen und antifemitischen hartnäckig sträuben, der aber doch einmal kommen muß, sobald uns die Reichsausgaben so über den Kopf wachsen, daß durch eine die Gesamtheit gleichmäßig treffende Steuer alle Staatsbürger unzufrieden werden. Der Kluge verdirbt es lieber mit einzelnen als mit allen. Fürst Bismarck, dessen staatsmännische Einsicht auch in Steuerfragen seiner Zeit weit voraus eilte, hatte das längst eingesehen und versuchte deshalb, das Tabaks- und Branntweinmonopol im Reichstage durchzusetzen. Vergeblich! Seine Bemühungen scheiterten an der Selbstsucht der Interessenten und der Furcht der Großhändler, die im Reichstage den nötigen Rückhalt fanden. Doch was damals nicht möglich war, warum sollte es nicht in der nächsten Zukunft möglich sein? Teilweise stecken wir ja schon im Monopol infolge der Verstaatlichung von Post und Eisenbahn. Die Zeiten haben sich geändert: der Liberalismus, der früher alles beherrschte, ist stark im Niedergange begriffen, und es ist zweifelhaft, ob seine Vertreter am Schluß des Jahrhunderts die Interessen des Großhandels und der Großindustrie ebenso erfolgreich werden verteidigen können wie in den siebziger Jahren.

Seit dem Jahre 1890 befinden wir uns in einem wirtschaftlichen Niedergange, der von Jahr zu Jahr bedenklicher werden muß, da sich die Länder, auf deren Markt unser Export vorzugsweise angewiesen ist, in dem Maße gegen unsere Erzeugnisse durch Schutzzölle abschließen, als ihre einheimische Industrie erstarkt. Während diese Länder dem Schutzzollsystem anhängen, stürzen wir uns in den Freihandel<sup>1)</sup> und sind auf dem besten Wege, ein Industrieland zu

<sup>1)</sup> Das ist eine starke Übertreibung. Handelsverträge abschließen, heißt nicht, sich in den Freihandel stürzen, das freihändlerische England kann gar keine Handelsverträge abschließen, weil es kein Schacherobjekt zu bieten hat. An Bölle auf Lebensmittel hat übrigens früher bei dem Worte Schutzzoll kein Mensch gedacht; man betrachtete den Zollschutz nur als ein Mittel, in Ackerbauländern Industrie zu erzwingen oder auf künstlichem Wege früher groß zu ziehen, als sie auf natürlichem Wege groß gewachsen sein würde. In allen Staaten des europäischen Festlandes hat es bis in unser Jahrhundert herein als selbstverständliche Regel gegolten, daß die Nahrungsmittel zur Ernährung des Volkes und nicht dazu da seien, den Grundbesitzern eine Rente zu gewähren; daher hat man, allerdings in übertriebener und teilweise unzweckmäßiger Fürsorge, nicht allein die Getreideeinfuhr auf alle mögliche Weise begünstigt, sondern auch die Ausfuhr durch Ausfuhrzölle erschwert und mitunter verboten. Nur in der Adelsrepublik England konnten die herrschenden Lords schon im vorigen Jahrhundert eine Brotverteuerungspolitik durchsetzen, die vom ganzen Volk verwünscht und in unserm Jahrhundert von der Not hinweggeschwemmt worden ist. Der europäische Schutzzollrappel, der Ende der siebziger Jahre begonnen hat, ist der letzte verzweifelte Versuch, ein ganz verkehrtes und in allen Fugen krachendes Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten, das nicht die Tüchtigkeit und das Glück des ganzen Volkes, sondern die maßlose Bereicherung einzelner zum Zwecke hat.

werden.<sup>2)</sup> Anders als ein Schritt zum Freihandel ist die Herabsetzung der Getreidezölle im österreichischen und russischen Handelsvertrage nicht zu nennen. Mit dem Welthandel, bei dessen Blühen auch die Industrieländer blühten, geht es aber bergab; den handeltreibenden Engländern nachzuhinken, muß uns also nur Schaden bringen. Unsrere schlechte wirtschaftliche Lage wird die Reichseinnahmen von Jahr zu Jahr vermindern und uns schließlich zwingen, zum Monopol überzugehen und die Erträgnisse daraus sowohl zur Deckung unsrer Reichsausgaben, als auch zur Befruchtung der Produktion, d. h. zu Bodenverbesserungen, Kanalbauten und Dungleitungen zu verwenden. Nur so ist es möglich, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen und nicht nur die Reichsausgaben zu decken, sondern auch das Nationaleinkommen zu vergrößern. Mit der Forderung von Staatsmonopolen verlangen wir noch nicht Ankaufs- und Verkaufsmonopole einschließlich der Fabrikatsmonopole. Wir würden es vielmehr für eine Verschlechterung der Produktion halten, wenn der Staat auch die Fabrikation der Waren, die aus den von ihm vertriebenen Rohstoffen gefertigt werden, in die Hand nehmen wollte. Beamte, die infolge ihrer gesicherten Stellung nicht der freien Konkurrenz im Kampfe ums Dasein unterworfen sind, werden nie das leisten, was der verantwortliche Fabrikdirektor, Ingenieur und Werkführer in Privatbetrieben leisten muß, um sich zu halten. Ein Fabrikatsmonopol würde die Produkte nicht nur verteuern und verschlechtern, sondern auch Zeit und Arbeitskräfte vergeuden. Ein zu tiefer bürokratischer Schnitt in unser Erwerbsleben würde eine große Erbitterung hervorrufen, wenn es auch nicht bei uns zu solchen Tumulten und Greuelthaten kommen würde wie jüngst in Darlington (Südkarolina), wo selbst die Schnapschänken verstaatlicht worden sind. Wir sind der Meinung, daß nur ein Ankaufs- und Verkaufsmonopol von Rohstoffen dem Staate und seinen Bewohnern von Nutzen sein könne. Um Großhandel zu treiben, dazu sind dort, wo jede Konkurrenz ausgeschlossen ist, keine so großen Kenntnisse und geschäftlichen Erfahrungen nötig, daß nicht von unsrer Bürokratie die Aufgaben des Zwischenhandels ausgeübt werden könnten.

Es fragt sich nun, welcher Zweig des Großhandels zuerst zu verstaatlichen ist. Die Klagen unsrer Landwirte, daß bei den niedrigen Getreidepreisen der Körnerbau immer weniger lohnend werde, der Antrag des Grafen Kanitz im Reichstage, das ausländische Getreide für Rechnung des Reichs anzukaufen und zu gewissen niedrigsten Preisen zu verkaufen, sowie die Agitationen des

<sup>2)</sup> Dieses Unheil kann keine Regierung abwenden, wenigstens nicht durch Schutzzölle. Sobald alles anbaufähige Land in Privatbesitz übergegangen und das zum Ackerbau geeignete unter den Pflug genommen ist, kann die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen gar nicht mehr oder nur noch durch Verschlagung aller großen Güter und Domänen vermehrt werden, und jeder weitere Zuwachs muß in die Industrie.

norddeutschen Bundes der Landwirte und der süddeutschen Bauernbündler lassen uns über die Beantwortung dieser Frage nicht im Zweifel. Durch die Verstaatlichung des gesamten Getreidehandels könnte dem Bauer ein Getreidepreis zugesichert werden, bei dem er bestehen kann. Außerdem hätte der Landwirt im Staate einen sichern Abnehmer seines Korns, der ihn nicht drückte und auswucherte wie der Spekulant.<sup>3)</sup> Eine besondere Schwierigkeit wird die Festsetzung des Getreidepreises machen. Man könnte zunächst den Preis des inländischen Getreides vom Weltmarktpreise abhängig machen wollen, damit „der arme Mann billiges Brot“ bekäme. Für unsre Landwirtschaft wäre das verderbenbringend, denn ihre Not rührt gerade daher, daß das Getreide zu billig geworden und der Getreidebau nicht mehr lohnend ist.<sup>4)</sup> Infolgedessen geht in Deutschland der Körnerbau immer mehr zurück.<sup>5)</sup> Wenn wir fortfahren, die Getreidezölle herabzusetzen, so werden wir England bald nahe kommen, wo die Landwirtschaft infolge der Aufhebung des Kornzolls im Jahre 1869 nur noch für ein Viertel der Bewohner Getreide baut.<sup>6)</sup> Unter einer Freihandelsära würde Deutschland ebenso wie das „reiche Albion“ aus einem gesunden ackerbautreibenden Lande ein verhungernes Industrieland werden.<sup>7)</sup> Wenn

<sup>3)</sup> Das ist die große Frage, ob nicht eine bürokratische Monopolverwaltung die Landwirte und Verkäufer mehr drücken würde, als es der freie Getreidehandel samt Spekulantentum thut.

<sup>4)</sup> Das Perfektum „zu billig geworden ist“ und das Präsens „nicht mehr lohnend ist,“ beruhen auf Verkennung der Thatsachen. Im Jahre 1891 hatten wir Teuerungspreise, und wenn einmal in mehreren größern Ländern die Ernte einige Jahre hinter einander mißrät, werden wir sie wieder haben. Es hat immer Gutsbesitzer gegeben, die nach jeder guten Ernte geschrien haben, sie gingen zu Grunde, und wäre es möglich, das Doppelte des heutigen Getreidepreises dauernd zu erzwingen, so würden die Führer des Bundes erst recht fortfahren zu schreien, denn sie und ihre Söhne würden das Doppelte im Macao und auf den Rennplätzen verspielen und noch weniger reichen als heute. Sperre man doch die Grenzen und schlage man den Getreidehandel tot! Dann werden die Getreidepreise nicht wie heute, wo der Welthandel ausgleicht, um 30 bis 60 Prozent, sondern wie in frühern Zeiten um 1000 bis 1500 Prozent schwanken. Daß wir in Deutschland in den letzten vier Jahren eine Schwankung um 100 Prozent erlebt haben, daran war der hohe Getreidezoll schuld, der nach knappen Ernten voll wirkt, nach reichlichen Ernten ganz unwirksam bleibt; 1891 war der Getreidepreis bei uns fast um 5 Mark höher als auf dem Weltmarkte, voriges Jahr, bei Sperrzoll gegen Rußland und 3½ Markzoll gegen die übrigen Getreideländer, dem Weltmarktpreise gleich.

<sup>5)</sup> Das müßte statistisch belegt werden; an der Getreideproduktion ist nichts davon zu spüren.

<sup>6)</sup> Nicht infolge der Aufhebung der Kornzölle, sondern aus andern Ursachen, die in den Grenzboten wiederholt dargelegt worden sind.

<sup>7)</sup> Das wird die steigende Übervölkerung mit wie ohne Freihandel auf alle Fälle besorgen, wenn ihr nicht abgeholfen wird.

die einheimische Landwirtschaft den inländischen Bedarf nicht mehr decken kann, so sind wir allen Chitanen des Welthandels preisgegeben, weil wir gegen das eingeführte Getreide unsre Industrieerzeugnisse austauschen müssen, um nicht zu verarmen. Aus dieser für die Volksernährung notwendigen Getreideeinfuhr entspringt ein so großer Teil der Arbeitslosigkeit unsrer Industriebevölkerung. Das „billige Brot des armen Mannes“ wird die Ursache seiner Arbeitslosigkeit,“)

\*) Gerade teure Jahre sind arbeitslose Jahre. Wie sollte denn teures Brot Arbeit schaffen? Durch Vermehrung der Kaufkraft der Gutsbesitzer wird man natürlich sagen. Aber welche notwendigen Gegenstände würden denn von der hohen und niedern ländlichen Bevölkerung heute nicht gekauft, und wäre es etwa ein Glück, wenn sich die Landleute noch mehr Kinderlitzchen kaufen könnten als jetzt? Kleinbäuerliche Wohnstuben, deren ganze Ausstattung noch vor dreißig Jahren aus einer langen, an der Wand hinlaufenden Bank, einem rohen Tisch, ein paar Brettchenstühlen, einem Toppbrett und allenfalls einem Schrank bestand, sind heute mit einer polirten „Gar-nitur“ und mit Gardinen versehen; die Tochter muß jeden Winter und jeden Sommer ihr neues „Kostüm“ haben mit allen von der Mode vorgeschriebenen Höckern, Bäuschen und Stufenkragen, der Sohn, der Dchsenjunge, trägt Sonntags Glaceehandschuhe und folgt der Einladung des Photographen, seine „ausdrucksvollen Züge, dieses Aug, wie ein Flambeau,“ verewigen zu lassen. Wohl 50000 Polizisten und ebensoviele Altensreiber sind im deutschen Vaterlande damit beschäftigt, Konventionen gegen die Schankordnung auszuspiiren und zu beweisen, daß für nachgesuchte Konzessionen kein Bedürfnis vorliege. Die Trunksucht aber, die in Deutschland heute weniger verbreitet ist als in irgend einer der früheren Zeiten bis auf Tacitus zurück, richtet weit geringere wirtschaftliche Verheerungen an, als die aus Eitelkeit entspringende Sucht, standesgemäßen Luzus zu treiben. Man stelle nur in ganz Europa das Gleichgewicht zwischen Menschenzahl und Boden her, versorge jeden mit einem Grundstück, das ihn unabhängig macht und beseitige alle Zollschranken, so werden die Leute ganz von selber Bordeaux und Portwein trinken statt Schnaps, und die französischen Weinbauern werden nicht infolge ihres angestrengten Fleißes, mit dem sie die Verheerungen der Reblaus überwunden und wieder reichliche Ernten erzielt haben, bankrott werden. Denn das ist der Fluch des kapitalistischen Systems, daß es Reichtümer aufhäuft immer nur auf dem Wege, den die Holländer in seinen Anfängen gezeigt haben. Diese haben, wie bekannt, alljährlich einen großen Teil der Gewürzernte verbrannt, um die Preise der Gewürze in Europa hochzuhalten. So bleibt der Kapitalismus darauf angewiesen, Güter zu vernichten oder ihre Produktion zu hemmen, wenn er sich halten will: Reichtum einzelner erzeugen durch Massenelend, ist seine Lösung. Und seine häßlichste Offenbarung erlebt er im Avariertum, das die Landwirtschaft, diesen ehrwürdigen, heiligen, neidlosen — neidlos hat ihn ein edler Römer genannt — Beruf schändet; nicht mehr soll er von freien glücklichen Menschen betrieben werden, um diesen ein gesundes und frohes Dasein zu sichern und ihnen wie den übrigen Volksgenossen die Gaben der Ceres und des Bacchus, die im Christentum eine zweite höhere Weiße empfangen haben, im Überfluß zu spenden, sondern von Sklaven soll er betrieben werden, um den Besitzern eine hohe Rente und die Mittel zu unerhörtem Luzus zu schaffen. Also: nach unsrer Ansicht sind alle polizeilichen Einschränkungen des Gewerbes, obwohl sie durch Umstände notwendig werden können,

sobald es den ausländischen Abnehmern unsrer Waren gefällt, sich durch Schutzzölle gegen uns abzuschließen.

Wie groß gegenwärtig das Massenelend in Deutschland ist, darüber giebt uns das Verhältnis zwischen Getreidekonsum und Einwohnerzahl die beste Auskunft. Einen andern Maßstab anzulegen, ist nicht gestattet, da es einleuchtend ist, daß der arm sein muß, der sich nicht einmal an Brot satt essen kann. Nach Abzug der Aussaat beträgt die deutsche Getreideproduktion etwa 7 Millionen Tonnen Roggen und Weizen und reicht, da der Durchschnittsmensch jährlich mindestens 450 Pfund Getreide zu seiner Ernährung braucht, nur für 31 Millionen Menschen aus. Rechnet man aber zu diesen 7 Millionen Tonnen noch die Getreideeinfuhr von etwa  $1\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen Roggen und Weizen hinzu, so finden wir, daß in Deutschland ungefähr 12 Millionen Menschen kein Brot zu essen haben.<sup>9)</sup> Diese Armen müssen sich zum

an und für sich vom Übel; hält man aber die Verminderung der Schankflätten für nötig, dann vernagle man auch die Schaufenster der Leute, die mit Hüten, Federn, Bändern, Spitzen und Schleiern, mit Porzellanhunden und Porzellanbübchen, mit Sonnenschirmen, Cigarrenspitzen, Gigerknütteln, Handschuhen und anderm Tand handeln. Nicht eher, sagte jüngst ein alter Landwirt, wird es mit der Landwirtschaft besser werden, als bis wir die Glaceehandschuhe wieder ablegen, d. h. zur alten einfachen Lebensweise zurückkehren; dadurch würden aber ein paar Millionen Industriearbeiter brotlos gemacht werden.

<sup>9)</sup> Wir sind wahrlich nicht geneigt, das Volkselend zu unterschätzen, aber das hier davon entworfne Bild ist glücklicherweise übertrieben. Dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Conrad und Lexis (3. Band, S. 889) sind folgende Angaben über den thatsächlichen Verbrauch zu entnehmen. „In der Zeit von 1830 bis 1861 schwankte der durchschnittliche Weizenverbrauch in einem Jahre in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten Schlesiens zwischen 152 und 76 Pfund für den Kopf; in Ostpreußen der Roggenverbrauch zwischen 203 und 290 Pfund; in der Provinz Sachsen zwischen 205 und 353 Pfund; in Berlin zwischen 140 und 229 Pfund. Im Jahre 1847 verminderte sich in Berlin der Bedarf an Brotgetreide auf 214 Pfund für den Kopf, während er zehn Jahre später, 1857, sich wesentlich höher stellte, nämlich auf 365,7 Pfund.“ 450 Pfund sind auf alle Fälle zu viel; man muß bedenken, daß die kleinen Kinder und in den höhern Ständen auch die Erwachsenen wenig Brot genießen. Daß ein reichliches Fünftel unsers Volkes ungenügend genährt wird, kann leider nicht geleugnet werden. Um jedoch den Grund dieser Not zu ermitteln und in Zahlen auszudrücken, genügen die paar noch dazu ungenauen Zahlen des Verfassers nicht. Auch die Getreideproduktion nämlich ist sehr ungenau berechnet; einerseits beträgt sie in Deutschland mehr als 7 Millionen Tonnen, andererseits müssen außer der Aussaat noch die sehr bedeutenden Mengen abgezogen werden, die als Viehfutter sowie in Brennereien, Brauereien und Stärkefabriken verbraucht werden. (Nachträglich ersehe ich aus Nr. 34 des Sozialpolitischen Zentralblattes, daß der Verbrauch von Brotgetreide im Deutschen Reiche in der teuern Zeit 1891/92 162 Kilogramm betragen hat, in der billigen Zeit 1892/93 auf 216 Kilogramm gestiegen ist, das vom Verfasser geforderte Maß also beinahe erreicht hat.)

größten Teil von Kartoffeln mit Hering und Schnaps ernähren. Die nackten Ziffern geben einen grausamen Aufschluß über ein Massenelend in unserm Vaterlande, von dem die Herren am grünen Tische nichts wissen wollen, und das sie bei jeder Gelegenheit ableugnen.

Diese Erwägungen zeigen, daß der Landwirtschaft eine Ausnahmestellung eingeräumt werden muß, da von ihrem Wohlergehen die ganze nationale Wohlfahrt abhängt. Man muß also dem Bauer einen Getreidepreis zusichern, der ihm nicht nur die Produktionskosten zurückerstattet, sondern ihm auch einen bescheidenen Gewinn gewährt.<sup>10)</sup> Die Produktionskosten sind allerdings sehr verschieden, sie hängen nicht nur von der Schuldenlast eines Gutes, sondern auch davon ab, ob der Landwirt<sup>11)</sup> Mittel genug hat, große Maschinen anwenden zu können. Die Verschuldung unsrer Landbesitzer, die mit der zunehmenden Bevölkerung infolge der Erbteilung beständig wachsen muß, erfordert eine besondere Aufmerksamkeit. Sie ist eine rein persönliche Angelegenheit, da sie meistens durch die zahlreiche Nachkommenschaft und deren Abfindung entsteht. Es ist also eine offene Frage, wie weit man die Höhe der Verschuldung bei der Festsetzung des Getreidepreises berücksichtigen darf. Wenn man sie in ihrem ganzen Umfange berücksichtigen wollte, so müßte der Staat dem Bauer die Zahl seiner Kinder vorschreiben und sie auf zwei festsetzen oder die Grundschulden verstaatlichen, damit nicht der Kapitalist, sondern der Staat die Zinsen erhalte, die er dem Landwirt durch Zusicherung eines guten Getreidepreises verbürgt.<sup>12)</sup> Die Antisemiten und die süddeutschen Bauernbündler fordern deshalb ganz logisch die Verstaatlichung der Grundschulden. Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch, daß die Landwirtschaft des Ostens infolge der niedrigen Löhne billiger arbeiten kann als die des Westens. Schon daraus geht hervor, daß der Getreidepreis nicht einheitlich sein kann.<sup>13)</sup> Wie hoch er

<sup>10)</sup> Man muß? Wer muß? Niemand muß, was er nicht kann: ad impossibilia nemo tenetur. Von der berühmten Preistage Diocletians an bis auf den heutigen Tag sind noch alle Versuche der Gesetzgebung und Verwaltung, irgend einem Gewerbe für seine Erzeugnisse einen bestimmten Preis zwangsweise und durch künstliche Mittel zu sichern, verunglückt; je vollkommener die Sache, z. B. durch Schutzzölle, eine Zeit lang gelingt, desto schrecklicher pflegt der über kurz oder lang hereinbrechende Krach zu sein.

<sup>11)</sup> Welcher Landwirt? Kleine Landwirte brauchen keine großen Maschinen, und wo die Gegend bucklig ist, kann auch der große weder Säe- noch Mähmaschinen anwenden.

<sup>12)</sup> Hier wird der Kern der heutigen Agrarfrage berührt. Es giebt nur drei Mittel, sie zu lösen: entweder das Zweikindersystem, oder ein strenges An-erbenrecht, das die nachgeborenen Kinder von jedem Anteil am Stammgut ausschließt, dadurch aber das Proletariat vermehrt und die Proletariatsfrage verschärft, oder Abfluß der überzähligen Bevölkerung in Ackerbaukolonien, die jedoch nicht in Afrika zu suchen sind.

<sup>13)</sup> Nicht weil im Osten der Arbeitslohn niedrig ist, hat man dort billigeres

aber sein und in welcher Weise er festgesetzt werden muß, wollen wir hier nicht untersuchen. Soviel ist sicher, daß bei der Preisbestimmung nicht der Weltmarktpreis maßgebend sein darf; denn wie kann unsre Landwirtschaft mit der russischen oder amerikanischen konkurrieren, von denen die eine mit ganz geringen Arbeitslöhnen zu rechnen hat, und die andre einen jungfräulichen Boden, der keines Düngers bedarf, mit den großartigsten Maschinen bearbeitet!<sup>14)</sup> An billigen Getreidepreisen haben nur die Ausfuhrindustriellen und die Großhändler ein Interesse, weil sie auf die Dauer nur dann exportieren können, wenn sie infolge billiger Brotpreise nur einen niedrigen Lohn zu zahlen brauchen. Daher

Getreide, sondern weil die östlichen Provinzen Produktionsstätten für Brotfrüchte sind, das Angebot solcher also größer ist als die Nachfrage darnach. Umgekehrt ist im dichtbevölkerten industriellen Westen die Nachfrage nach Getreide stärker als das Angebot, der Preis demnach hoch, und deshalb muß auch der Arbeitslohn hoch sein, d. h. hoch im Gelde, verglichen mit dem im Osten, woraus noch nicht folgt, daß er auch an sich hoch sei, d. h. ein behagliches Dasein ermögliche. Nicht nach der Höhe des Arbeitslohns richtet sich der Warenpreis, sondern allein nach dem Verhältnis der Marktvorräte zur Nachfrage.

<sup>14)</sup> „Nicht maßgebend sein darf!“ Was nützt dieses „darf nicht,“ wenn der unabänderliche Gang der Entwicklung das erzwingt, was nicht sein darf? Die hohen Produktionskosten, die in Mittel- und Westeuropa höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte fordern, wenn der für den Markt produzierende Landwirt auf die Kosten kommen soll, werden durch drei Dinge verursacht. Das erste ist die Überbevölkerung, die notwendigerweise den Boden verteuert, also ein hohes Anlagekapital notwendig macht. Diesem Übel könnte durch Auswanderung in jene Agrarstaaten abgeholfen werden, die uns jetzt Getreide schicken; dadurch würde gleichzeitig zweierlei erreicht werden: die Nachfrage nach Boden verminderte sich, dieser würde billiger, und es wäre zum Betrieb der Landwirtschaft weniger Kapital erforderlich (die gegenwärtigen Besitzer würden dadurch natürlich eine Wertverminderung ihres Besitzes erleiden); und zugleich würden unsre Auswanderer das ausländische Korn dort verzehren, wo es wächst, es würde also nicht mehr nach Deutschland kommen. Das zweite ist die höhere Kultur, die den niedern Ständen vom Staat und von den Vornehmen aufgezwungen wird. Die Arbeiter und Arbeiterkinder dürfen nicht schmutzig, nicht zerlumpt, nicht barfuß umhergehen, dürfen nicht im Freien übernachten, sie müssen ihre Wohnungen reinlich halten, sie müssen Lesen und Schreiben lernen, werden zu geistigen Bedürfnissen, zum Ehrgefühl und Ehrgeiz, zum Streben nach „standesgemäßer Lebenshaltung“ erzogen; alles das aber kostet Geld, daher können deutsche Arbeiter bei den Löhnen nicht bestehen, die für russische und indische vielleicht noch genügen. Diesem Übel könnte nur durch Schließung der Volksschule und durch Abschaffung der Gesundheits-, Anstands- und Sicherheitspolizei abgeholfen werden. Das dritte ist der Staat, der immer anspruchsvoller wird und seinen Unterthanen immer schwerere Lasten auflegt, sodaß auch der kleine Landwirt viel bares Geld für zehnerlei Steuern braucht. Diesem Übel könnte nur dadurch abgeholfen werden, daß man den Staat bescheidner machte, Kriegsheer und Flotte sowie die Zahl der Beamten verminderte und deren Besoldungen herabsetzte. Wer die „Not der Landwirtschaft“ beseitigen, aber keines von diesen drei Mitteln anwenden will, der weiß nicht, was er will.

die Wut der liberalen Presse, wenn jemand die Erhöhung der Getreidezölle vorschlägt!

Mit einem für die deutsche Landwirtschaft vorteilhaften Getreidepreise muß sie aber auch eine gesetzliche Verpflichtung übernehmen, soviel Getreide zu bauen, als für die Ernährung unsers Volkes notwendig ist, denn sonst wären alle wohlthätigen Folgen des Getreidemonopols hinfällig.<sup>15)</sup> Wissenschaftliche Autoritäten haben berechnet, daß Deutschland für 180 bis 200 Millionen Menschen Nahrungsmittel erzeugen kann.<sup>16)</sup> Unsere Bevölkerung könnte sich also vervierfachen, ehe wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit unsrer Landwirtschaft angekommen wären. Daß das aber so bald nicht geschieht, dafür bürgen die Erfahrungen, die man in Bezug auf die Vermehrungsfähigkeit bei steigender Kultur und Bildung in Ländern wie Frankreich gemacht hat. Bei guten Getreidepreisen wird zwar die Getreideproduktion ohnehin zunehmen, aber bei der Wichtigkeit der Volksernährungsfrage darf sich der Staat nicht auf den guten Willen der Landwirte verlassen, sondern muß den Umfang der mit Getreide bebauten Landstrecken in ähnlicher Weise regeln, wie er für den Bestand der Schutzwäldungen sorgt und die Rodung von Wäldern ohne Genehmigung der Regierung verbietet. In Deutschland unterliegt etwa ein Drittel aller Privatwäldungen solchen gesetzlichen Bestimmungen; warum sollte das, was auf den Waldbau angewendet wird, nicht auch auf den Getreidebau angewendet werden können, zumal da dieser für den Volkswohlstand von viel größerer Bedeutung ist als jener?<sup>17)</sup> Abgesehen davon, daß wir durch die Kontingentirung des Getreidebaues vom Weltmarkt unabhängig würden, wäre es auch im Falle eines Krieges von der größten Wichtigkeit für uns, alle Nahrungsmittel im Lande selbst zu bauen, damit unsre Heere nicht ohne Proviant bleiben, wenn uns die Zufuhren abgeschnitten werden sollten.<sup>18)</sup>

<sup>15)</sup> Sehr richtig!

<sup>16)</sup> Auf die Verheißungen phantasieroller Agrikulturchemiker läßt sich keine Gesetzgebung gründen, und selbst angenommen, Deutschland vermöchte 200 Millionen Menschen zu ernähren, so folgt daraus noch nicht, daß es ihnen auch ein menschliches, ein deutsches Dasein zu gewähren vermöchte; Zusammendrängung der Menschen auf enge Räume und Mangel an Spielraum verschlechtern den Charakter.

<sup>17)</sup> Von einer wesentlichen Vermehrung der Anbaufläche kann im heutigen deutschen Reiche nicht mehr die Rede sein. Wir haben nur noch 5,3 Prozent unproduktiven Boden, und die Verteilung des produktiven (48,4 Prozent Acker, 20,3 Prozent Wiese und Weide, 25,7 Wald, 0,3 Weinland) ist ganz gesund; eine weitere Verminderung von Wald und Weide würde aus vielen Gründen schädlich sein.

<sup>18)</sup> Möglichste Unabhängigkeit der Volksernährung vom Auslande ist zu erstreben, gänzliche Unabhängigkeit unerreichbar. So wenig wie der einzelne Mensch, kann und soll sich das einzelne Volk isoliren; Gott und die Natur haben die Völker wie die einzelnen Menschen auf einander angewiesen. Gelänge es uns einmal in

Das Getreidemonopol würde uns also vom Auslande unabhängig machen und dem Reiche eine große Einnahmequelle erschließen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß von jenen 170 Millionen Zentnern Getreide, die in Deutschland alljährlich verbraucht werden, etwa 100 Millionen in den Großhandel kommen.<sup>19)</sup> Zwei Drittel der gesamten bei uns produzierten Getreidemenge wird nämlich von den Landwirten geliefert, die einen Besitz von über 50 Hektaren haben, also in der Lage sind, Getreide verkaufen zu können. Das Getreidemonopol würde, wenn der Bauer 8 Mark 50 Pfennige für den Zentner bekäme<sup>20)</sup> und der Staat 2 Mark 50 Pfennige daran verdiente, nach Abzug von 50 Millionen Verwaltungskosten 200 Millionen jährlich einbringen. Damit hätte der Landwirt einen annehmbaren Getreidepreis, und das Brot würde um höchstens 5 Pfennige für das Pfund verteuert, wenn Müller und Bäcker denselben Profit nähmen wie jetzt.

Die frühern Getreidehändler müßten natürlich für den Verlust ihres Erwerbs entschädigt werden. Dabei eröffnen sich uns zwei Wege. Der eine ist der bei andern Verstaatlichungen schon beschrittene, z. B. bei der Übernahme der Eisenbahnen durch den Staat. Er vermehrt zwar die Reichsschuldenlast ganz bedeutend, da die frühern Getreidehändler mit verzinslichen Staatspapieren im Werte von einer Milliarde Mark entschädigt werden müßten, wenn wir annehmen, daß die 200 Millionen Reingewinn aus dem Getreidehandel für sie 20 Prozent des Anlagekapitals bilden. Für die Verzinsung dieser Staatsschuldsscheine würde ein Teil des Gewinns aus dem Monopol für den Reichshaushalt verloren gehen. Der zweite Weg der Entschädigung würde uns zwar vor dem gierigen Rachen des papiernen Kapitalismus schützen, wäre aber für Verstaatlichungen neu und würde deshalb auf großen Widerstand stoßen. Wir meinen die Entschädigung durch unverzinsliche Reichstassenscheine,

---

guten Jahren, den Verkehr mit dem Auslande gänzlich zu vernichten (woran bei einem so kleinen, schlecht gestalteten und für Absperrung schlecht gelegnen Wirtschaftsgebiete gar nicht zu denken ist), so würde nach der ersten Mißernte ein Viertel unsers Volks verhungern. So pflegte es im Mittelalter den binnenländischen Bevölkerungen zu ergehen, nicht insoferne irgend welcher Absperrungspolitik, sondern weil die Verkehrsmittel höchst unvollkommen waren und stellenweise ganz fehlten, während sich die Seestädte schon einer regelmäßigen und gleichmäßigen Versorgung mit Nahrungsmitteln erfreuten.

<sup>19)</sup> So viel wird es nicht sein, auch vorausgesetzt, daß die Zahl 170 richtig ist. Ein großer Teil wird, wie schon bemerkt wurde, verfüttert und auf dem Gute selbst in ländlichen Industrien verbraucht; vom übrigen wird beinahe die Hälfte von der ländlichen Bevölkerung verzehret, und das geht doch wohl nicht erst über Berlin, und was die Städter verzehren, geht auch nicht alles durch den Großhandel, sondern zum Teil durch den Kleinhandel kleinstädtischer Wochenmärkte.

<sup>20)</sup> Das bekommt er nach knappen Ernten ohne Monopol; 1891 hat er 11 Mark bekommen.

die das Reich in der erforderlichen Anzahl drucken ließe. So unerhört, wie dieser Vorschlag auf den ersten Blick erscheinen mag, ist er nicht, denn eine solche Finanzoperation ist schon mehrfach von gut situirten Staaten gemacht worden, ohne daß sie ihrem Kredit geschadet hätte. So gab Frankreich im August 1870, als es sich nach den ersten verlorren Schlachten für die Franzosen darum handelte, Geld zu neuen Rüstungen schnell herbeizuschaffen, für 1500 Millionen Franks unverzinsliche Banknoten durch die Bank von Frankreich aus. Trotz des für unsern Erbfeind unglücklich verlaufenen Krieges sank der Kurs dieser Banknoten im Inlande gar nicht, während er im Verkehr mit dem Auslande nur um eine Kleinigkeit fiel. In acht Jahren hatte Frankreich diese schwebende Schuld wieder eingelöst. Auch wir müßten, wenn wir solche Banknoten für die Entschädigung der Getreidehändler ausgäben, diese nach einem bestimmten Plan wieder einlösen. Dieser Weg hätte den Vorteil, daß man die Zinsen für die Milliarde Staatsschuldscheine, etwa 30 Millionen, sparen würde.

Als Entschädigung für die künstliche Verteuerung des Brotes könnten der großen Masse Vorteile zugesichert werden, die jene Verteuerung hundertfach aufwiegen. Zu diesem Zweck dürfte man die 200 Millionen neuer Reichseinnahmen der Regierung nicht zur freien Verfügung überlassen, sondern müßte mindestens die Hälfte davon auf gesetzlichem Wege festlegen, indem man sie für Kulturzwecke, d. h. für Kanalbauten und Bodenverbesserungen bestimmte. Wir sehen heute, daß sehr viele Städte ihre gewaltigen Düngermassen in die Flüsse laufen und diese verschmutzen lassen, während Deutschland auf der andern Seite jährlich 80 bis 100 Millionen Mark für Kunstdünger ausgiebt. Wenn diese ungeheure Verschwendung aufhörte und den Landwirten die Düngstoffe durch Kanalisation u. s. w. unentgeltlich zugänglich gemacht würden, so könnte sich, wie Liebig in seinen „Chemischen Briefen“ ausführt, die deutsche landwirtschaftliche Produktion in zehn Jahren verdoppeln. Mit einer jährlichen Ausgabe von 100 Millionen für Kulturzwecke könnte man also eine Sozialreform beginnen, die sich nicht damit begnügt, den Unternehmern und den Arbeitern einen Teil ihres Einkommens zu nehmen, um den Arbeiter gegen Unfälle und Krankheiten in notdürftigster Weise zu schützen und ihm eine karge Rente zu zahlen, wenn er das seltnen Alter von 70 Jahren erreicht hat, sondern der Staat könnte damit Zehntausende von Arbeitslosen dauernd beschäftigen und das Einkommen des Bauers verdoppeln. Industrie und Landwirtschaft stehen aber in Wechselwirkung: der Bauer würde der Industrie sein verdoppeltes Einkommen zuwenden, und auch die Arbeitslöhne würden steigen. Infolge seines höhern Lohnes kann wiederum der Arbeiter den höhern Preis des Brotes bezahlen. Mit einem Teil der übrigen 100 Millionen müßte endlich einmal mit der Rückzahlung der Staatsschulden begonnen werden. Wir geraten immer tiefer in die Anleihewirtschaft hinein und stecken bereits so weit

in Schulden, daß uns die Verzinsung einen ganz bedeutenden Teil unsrer Staatseinnahmen raubt. Das Reich und die Einzelstaaten haben gegenwärtig etwa 10 Milliarden Staatsschulden, wofür jährlich 300 Millionen Zinsen gezahlt werden müssen. Wenn das Schuldenmachen so weitergeht, müssen wir in den Staatsbankerott hineingeraten. Die Rückzahlung der Staatsschulden würde nicht nur unsern Finanzen durch die Ersparung der Zinsen Vorteil bringen, sondern es würde sich auch das frei werdende Kapital der nationalen Gütererzeugung in dem Maße zuwenden, wie die Staatspapiere eingelöst würden. Von der Kapitalanlage in exotischen Papieren werden wohl unsre Kapitalisten geheilt sein, da schon eine ganze Reihe von Raubstaaten bankrott gemacht hat. Mit der Befruchtung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion würde unser Nationaleinkommen weiter steigen und damit auch die Steuerkraft und die Staatseinnahmen Deutschlands wachsen. Eine neue Gründerperiode würde für unser Vaterland anbrechen, die sicherlich nicht den bitteren Nachgeschmack des Jahres 1873 hätte.<sup>21)</sup>

Wir verhehlen uns nicht, daß unsre Vorschläge gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg haben, nachdem der Antrag des Grafen Kanitz im Reichstage abgelehnt worden ist. Das soll uns aber nicht abhalten, das Getreidemonopol hier zu besprechen, da mit ihm ein Teil der sozialen Frage gelöst werden kann. In den Reichstagsdebatten über den Antrag Kanitz stellten die Liberalen und Sozialdemokraten die Konservativen als Brotverteurer und Raubritter hin, weil sie den Landwirten einen höhern Getreidepreis zusichern wollten; die Großhändler, Müller und Bäcker aber, die allein zwei Drittel von dem verdienen, was der Konsument für das Brot bezahlen muß, als Wucherer hinzustellen, fiel niemandem ein. Warum geht man denn nicht diesen Leuten zu Leibe, die den Konsumenten wie den Produzenten am meisten schröpfen? Wenn wir für ein Pfund gebacknes Roggenbrot 12 Pfennige bezahlen müssen, so erhält der Bauer nur 4 Pfennige davon, die übrigen 8 Pfennige verdienen die Leute, die zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten vermitteln.<sup>22)</sup>

<sup>21)</sup> Die vorgeschlagenen Verwendungsarten sind alle sehr löblich; aber wenn die Landwirtschaft mit diesen nützlichen und zum Teil notwendigen Verbesserungen auf das Monopol warten soll, wird sie lange zu warten haben.

<sup>22)</sup> Stimmt nicht! Zuvörderst ist zu untersuchen, ob man ein Pfund Brot ohne weiteres einem Pfunde Roggen gleichsetzen dürfe. 100 Pfund Roggen geben 75 Pfund Mehl und 25 Pfund Kleie. Um 100 Pfund Brot zu bekommen, braucht man aber nicht 100 Pfund Mehl, sondern, da das Brot einen bedeutenden Wasserzusatz enthält, nur  $73\frac{1}{2}$  Pfund. Zu einem Pfunde Brot gehört also nicht ganz ein Pfund Roggen; man kann aber den winzigen Unterschied unbeachtet lassen, da der Bäcker außer Wasser noch andre Zuthaten, die Geld kosten: Salz und Sauerteig oder Hefe, in kleinen Mengen braucht. Es ist also zulässig, ein Pfund Brot und ein Pfund Roggen einander gegenüber zu stellen. Nun gilt jetzt, wo der Roggenpreis seinen tiefsten Stand für die drei Jahre nach 1891 erreicht haben

Es wäre wirklich viel volkshreundlicher, wenn man dem Produzenten etwas zulegte und den Zwischenhändlern durch Gründung von Genossenschaftsbäckereien und Mühlen den Verdienst zu Gunsten der Konsumenten abnähme. Das einzusehen, kann man natürlich nicht vom Liberalismus verlangen, da er die Börse und das Spekulantentum bis aufs äußerste verteidigt; die Sozialdemokratie aber wird durch ihren Doktrinarismus verhindert, sich mit einer praktischen und erfolgreichen Selbsthilfe zu befassen. Die Gegner des Antrags Ranitz stellten sich auch so, als ob mit dem Getreidemonopol ein niedrigster Lohn für Arbeiter verknüpft sein müßte. In den liberalen Zeitungen wurde

dürfte\*), auf dem Wochenmarke schlesischer Städte Roggen mittlerer Güte im Durchschnitt 11,60 Mark, der Zentner also 5,80 Mark, das Pfund demnach 5,8 Pfennige. Diese 5,8 Pfennige bekommt der Bauer, der aber vor drei Jahren das Doppelte bekommen hat. Das Pfund Roggenbrot wird an demselben Orte für 10 Pfennige verkauft. (Die Brotpreise sind sehr verschieden; Schwarzbrot wird für 8 Pfennige, das Brot feiner Bäckereien, die vornehme Kunden haben, für 11 bis 12 Pfennige verkauft, aber die meisten Bäcker lassen sich 10 Pfennige geben.) Dem Müller, dem Bäcker und dem Getreidehändler bleiben also 4,2 Pfennige, sich darein zu teilen. Den Anteil eines jeden daran zu bestimmen, dürfte sehr schwierig sein. Es wäre möglich, daß auf den Müller gar nichts davon fiel, indem diesem die Kleien für Verdienst und Spesen auskämen, aber wahrscheinlich fällt auch für ihn noch eine Kleinigkeit ab, ist doch das Pfund Mehl gewöhnlich etwas teurer als das Pfund Roggen oder Weizen. Rechnen wir also für den Bäcker und den Händler zusammen 4 Pfennige. Den größten Teil davon wird der Bäcker ziehen, der bei zwanzig Prozent Geschäftsgewinn wohl kaum bestehen könnte, da seine Spesen an Backstuben- und Ladenmiete, an Arbeitslohn und Brennmaterialien sehr bedeutend sind. Müller und Bäcker sind aber keineswegs bloß Vermittler oder Zwischenhändler, sondern sie sind Mitproduzenten; das Produkt, das der Käufer verlangt, ist nicht Roggenkorn, sondern Brot, und die Leute, die aus Körnern Brot machen, sind so gut Produzenten und verdienen sich so ehrlich ihren Arbeitslohn, wie die Leute, die Schafwolle in Tuch verwandeln. Schöpfer des Korns ist der Bauer auch nicht; wollte man nur solchen, die nicht bloß vermitteln und verwandeln, sondern wirklich schaffen, den Namen von Produzenten zugestehen, so müßte man diesen Ehrentitel auf die Künstler und Erfinder einschränken. Dem Händler bleiben also wahrscheinlich nicht ganz 2 Pfennige oder nicht ganz 20 Prozent für Spesen als Verdienst und als Geschäftsgewinn; das ist bei einem so riskanten Handel nicht übermäßig viel. Der Getreidehändler ist selbstverständlich so wenig ein Heiliger wie der Agrarier und würde lieber 100 als 20 Prozent heraus schlagen; allein die Tatsachen scheinen nicht dafür zu sprechen, daß dies möglich sei. Inwieweit er als ein schmarogender oder als ein unentbehrlicher und nicht zu kostspieliger Vermittler anzusehen sei, das würde sich deutlich zeigen, wenn man den Getreidehandel entweder vernichtete und den Bauer unmittelbar an die Müller und Bäcker oder gar an die Brotesseer verwies, bei denen er dann mit seinem Getreide haufiren gehen müßte, oder den Handel monopolisierte.

\*) Das war im April geschrieben; der Preis ist aber noch weiter gefallen, bis jetzt, Ende Mai, um eine Mark.

infolge dessen das Monopol als der erste Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftstaat dargestellt und dem Leser mit dem „roten Gespenst“ gruselig gemacht.<sup>23)</sup> Das ist eine urkomische Verdrehung der ganzen Sache, denn das Monopol wirkt, wenn der Bauer 8,50 Mark für den Zentner bekommt und der Staat 2,50 Mark daran verdient, ebenso wie eine Erhöhung des Getreidezolls von 2,50 auf 7 Mark für den Zentner. Wem ist es aber jemals eingefallen, bei der Erhöhung eines landwirtschaftlichen oder industriellen Schutzolls die gesetzliche Festsetzung eines niedrigsten Lohnes zu verlangen?<sup>24)</sup> Was im übrigen im Reichstage gegen das Getreidemonopol vorgebracht wurde, kann man gegen jedes Staatsmonopol, also auch gegen die Verstaatlichung der Post und Eisenbahn, gegen das Branntwein- und Tabaksmonopol geltend machen; es waren weiter nichts als Redensarten. Dem unbefangenen Beobachter kann es nicht verborgen bleiben, weshalb der Liberalismus so energisch gegen den Antrag Raniß Front machte: wenn das Getreidemonopol im Reichstage einmal angenommen worden war und sich bewährt hätte, so würde man bei der Verstaatlichung des Getreidehandels nicht stehen bleiben, und das letzte Stündlein des Großhandels und der Börse hätte geschlagen.<sup>25)</sup>

<sup>23)</sup> Der freikonservative Abgeordnete Graf Frankenberg ist kein Liberaler im Sinne des Verfassers. In der Herrenhausitzung am 27. April nun hat dieser Herr gesagt: „In vielem bin ich mit dem Grafen Mirbach (der vor ihm gesprochen hatte) einverstanden, aber gegen die Ausführungen über den Antrag des Grafen Raniß muß ich protestiren. Käme der Tag, wo der Antrag Raniß Annahme fände und zur Ausführung käme, so würde er nicht von der Partei des Grafen Raniß, sondern von der Sozialdemokratie ausgeführt werden. Der Antrag Raniß wäre der erste Schritt zur Monopolisirung des auswärtigen Getreides; der andre Schritt wäre die Monopolisirung des innern Getreidehandels, und der dritte die Monopolisirung des Grund und Bodens.“

<sup>24)</sup> Das ist sehr vielen Leuten eingefallen; wohl 50 Millionen europäische Arbeiter murren seit Jahren: „Wenn den Großgrundbesitzern, den Grubenbesitzern und den Fabrikbesitzern, von denen viele in keinem Sinne Produzenten, sondern nur unnütze Schmarozker sind, ihre Rente oder ihr Unternehmergewinn von Staats wegen gesichert wird, dann haben wir, die wirklichen Produzenten, erst recht zu fordern, daß man uns ein menschenwürdiges Dasein, also einen niedrigsten Lohn verbürge.“

<sup>25)</sup> Nur ist die Frage, ob der Staat die Sache billiger und besser machen würde als die Börse; seine Handelsanstalt würde wahrscheinlich nur eine neue Auflage der Börse in anderer Form sein; denn bekanntlich unterhalten nicht allein alle Staatsmänner, die mit Finanzen zu thun haben, sondern auch sehr viele Großgrundbesitzer sehr innige Beziehungen zur Börse.

